

Das Ende der Legislatur in Sicht – Keine Bewegung mehr bei der Arbeitszeit

Zweimal im Jahr trifft sich der DGB Baden-Württemberg gemeinsam mit den Mitglieds-
gewerkschaften des öffentlichen Dienstes mit
den Hausspitzen aus Staats-, Finanz- und Innen-
ministerium. Anfang November fand das zweite
und voraussichtlich letzte Gespräch dieser Legis-
laturperiode statt. Mit Blick auf die Landtags-
wahl 2026 ist absehbar: Vor der Wahl sind nur
noch kleinere Anpassungen zu erwarten,
grundlegende Reformen bleiben aus.

Neue Führungsgrundsätze in der Landesver- waltung

Das Staatsministerium stellte im Gespräch die
neuen Führungsgrundsätze für die Landesver-
waltung vor. Ziel ist es, rund 6.500 Führungs-
kräfte weiterzubilden und über eine gezielte
Qualifizierung einen Kulturwandel anzustoßen.
Eine eigene Bildungsstätte soll dafür geschaffen
werden.

Der DGB begrüßt das Vorhaben grundsätzlich
und unterstützt den Anspruch, Führungsver-
antwortung professionell weiterzuentwickeln.
Gleichzeitig ist klar: Ein Kulturwandel gelingt
nur, wenn Führungskräfte und Beschäftigte
gemeinsam einbezogen werden und ihre unter-
schiedlichen Bedürfnisse ernst genommen
werden.

Arbeitszeit: Das Zeitfenster schließt sich

Das Thema Arbeitszeit bleibt ein zentraler
Konfliktpunkt. Im Sommer wurde angekündigt,
dass Beamtinnen und Beamte ab dem 55.
Lebensjahr eine Altersermäßigung erhalten
sollen. So sollte ein erster Einstieg in das
Lebensarbeitszeitkonto gelingen. Seither sind
jedoch keine weiteren Schritte erfolgt.

Auch ein vertiefendes Gespräch zwischen der
GEW und der Landesregierung zur Arbeitszeit
von Lehrkräften fand statt und wurde von
beiden Seiten als konstruktiv bewertet. Aber
auch hier folgten bislang keine konkreten
Maßnahmen.

Das Innenministerium betont, dass das Zeit-
fenster für erste Schritte noch offen sei.



Foto: DGB

Der DGB ist hier deutlich skeptischer. Einen
realistischen Weg für einen echten Fortschritt,
außerhalb von vermeindlichen Wahlgewinnen
vor der anstehenden Landtagswahl, erscheint
kaum machbar. Es wird wohl Aufgabe der
nächsten Landesregierung werden, endlich den
längst überfälligen Wandel in der Arbeitszeit-
politik einzuleiten.

Analysen und Studien zum Thema Arbeitszeit sind zu genüge vorhanden und auch in der Praxis gibt es unzählige Beispiele, weshalb eine Rückkehr zur tariflichen Arbeitszeit dringend erforderlich ist.

Dazu wurde im Rahmen des Gesprächs deutlich auf die Situation bei der Polizei im Land und die massive Belastung durch den Wechselschichtdienst hingewiesen.

Mit der aktuellen Wochenarbeitszeit im Fünf-Schichten-Dienst sind Polizist*innen gezwungen, regelmäßig Wechselschichtergänzungsdienste zu leisten. Diese zusätzliche Belastung erschwert nicht nur die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, sondern verstärkt auch den ohnehin hohen Druck im regulären Dienst erheblich und verkürzt oftmals die Regenerations- und Erholungszeit zwischen den Wechselschichtdienstumläufen.

Es bleibt aus Sicht des DGB dabei, dass es einen klaren Masterplan Arbeitszeit braucht, der u.a. ein festes Enddatum der 41-Stunden-Woche beinhaltet. Der DGB Baden-Württemberg und seine Mitgliedsgewerkschaften stehen für die Erarbeitung und Gestaltung eines solchen Plans bereit.

Mitlerweile hat die Regierung angekündigt, dass zwar eine Einführung von Lebensarbeitszeitkonten noch in dieser Legislatur erfolgen soll, weitere Anpassungen der Arbeitszeit, also auch eine Verkürzung ab dem 55. Lebensjahr, nicht zur Debatte stehen. Es bleibt nur zu hoffen, dass eine neue Landesregierung ab März 2026 hier mehr Bereitschaft zeigt, sich der Frage der Arbeitszeit zielführend anzunehmen.

Weitere Themen: Tagegeld, Besoldung und Versorgung

Neben den großen Strukturfragen standen auch konkrete Alltagsprobleme auf der Agenda des Gesprächs. Unter anderem wurde über das Landesreisekostengesetz gesprochen und die Tagegeldsätze. Diese liegen unterhalb den steuerlich anerkannten Pauschalen. Das ist für viele Kolleginnen und Kollegen nicht nachvollziehbar.

Mit dem zuständigen Finanzministerium wurde ein separates Gespräch im Dezember vereinbart, in dem die Tagesgeldsätze mit Vertreter*innen des DGB erläutert werden sollen.

Zusätzlich wurde über die anstehende Besoldungs- und Tarifrunde 2026 gesprochen, sowie dem Versorgungsbericht 2025, der im Sommer veröffentlicht wurde.

Bilanz der Legislatur: Stärkung mit Lücken

Der öffentliche Dienst wurde in den vergangenen Jahren punktuell gestärkt. Neben verstärkten Aktivitäten bei der Personalgewinnung ist aus Sicht des DGB die Einführung der Pauschalen Beihilfe hervorzuheben. Damit wurde eine langjährige Forderung des DGB umgesetzt und eine Ungleichbehandlung im Beihilfesystem beendet. Das zeigt: Hartnäckigkeit zahlt sich aus.

Gleichzeitig bleibt festzuhalten: Bei wichtigen strukturellen Themen, wie der Arbeitszeit, wäre mehr möglich gewesen. Der DGB wird diese Baustellen auch in der nächsten Legislatur hartnäckig und lösungsorientiert begleiten.